S 2 RJ 518/00 A

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

5

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 2 RJ 518/00 A Datum 08.05.2003

2. Instanz

Aktenzeichen L 5 RJ 451/03 Datum 16.12.2003

3. Instanz

Datum -

I. Die Berufung des Klägers gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Landshut vom 8. Mai 2003 wird, soweit der Kläger eine höhere Rente begehrt, als unbegrù⁄₄ndet zurù⁄₄ckgewiesen, im Ã∏brigen als unzulässig verworfen.

- II. Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Der KlĤger macht in der Berufung Nebenforderungen aus einer Klage auf Rente wegen Erwerbs-/BerufsunfĤhigkeit geltend und begehrt eine hĶhere als die bewilligte Rente.

Der 1936 im ehemaligen Jugoslawien geborene Kläger ist kroatischer Staatsangehöriger mit dortigem Wohnsitz. AuÃ∏er Beschäftigungen in seiner Heimat legte er auch 35 rentenrechtliche Monate in der Bundesrepublik Deutschland zurÃ⅓ck (20.07.1971 bis 21.11.1975).

In seiner Heimat wurde er am 09.06.1981 als Passant von einem Auto angefahren und erlitt dabei ein Polytrauma, insbesondere mit Frakturen an Armen und Beinen,

einer Gehirnerschütterung und einer Gehirnquetschung. In der Folge entwickelten sich ein hirnorganisches Psychosyndrom sowie Persönlichkeitsänderungen. Deshalb anerkannte die Beklagte auf Antrag vom 01.10.1990 mit bestandskräftigem Bescheid vom 22.06.1994/Widerspruchsbescheid vom 14.09.1994 den Eintritt von Erwerbsunfähigkeit im Jahre 1992 bei gleichzeitiger Ablehnung einer Rentengewährung mangels versicherungsrechtlicher Voraussetzungen.

Einen weiteren Antrag vom 10.12.1998 wertete die Beklagte als Ä berprä fungsbegehren, beschied dieses jedoch abschlä gig (Bescheid vom 24.11.1999/Widerspruchsbescheid vom 08.02.2000). Im Klageverfahren vor dem Sozialgericht Landshut (SG) hat die Beklagte am am 14.11.2002 ein Anerkenntnis abgegeben, nachdem die gerichtliche Beweisaufnahme Erwerbsunfä higkeit ab Unfalldatum ergeben hatte. Dieses Angebot hat der Klä ger nicht angenommen. Mit Gerichtsbescheid vom 08.05.2003 â zugestellt am 28.05. 2003 â hat das SG die Beklagte zur Leistung von Erwerbsunfä higkeitsrente entsprechend deren Anerkenntnis verurteilt. Dem hat die Beklagte mit Renten- und Verzinsungsbescheid vom 16.07.2003 entsprochen.

Mit der am 25.08.2003 eingegangenen und mit Schriftsatz vom 08.12.2003 zusĤtzlich begrÄ⅓ndeten Berufung beantragt der KlĤger sinngemĤÄ□, 1. festzustellen, dass er das Angebot vom 14.11.2002 nicht angenommen hat, 2. den Unfall vom 09.06.1981 als Arbeitsunfall zu entschĤ gen, 3. die Verzugszinsen zeitlich und der HĶhe nach festzuset zen, 4. die zu erstattenden auÄ□ergerichtlichen Kosten mit 750,00 EUR festzusetzen, 5. die Beklagte zur GewĤhrung einer hĶheren Altersrente zu verurteilen.

Die Beklagte beantragt, die Berufung gegen den Gerichtsbescheid des SG Landshut vom 08.05.2003 als unzulĤssig zu verwerfen.

Beigezogen und Gegenstand der mündlichen Verhandlung vom 16.12. 2003 waren die Verwaltungsakten der Beklagten. Auf diese Akten sowie auf die Gerichtsakten beider Rechtszüge wird zur Ergänzung des Tatbestandes Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die fristgerecht eingelegte Berufung ist weitgehend unzulÄxssig. Sie ist unbegrļndet, soweit der KlÄxger eine hĶhere als die gewÄxhrte Rente begehrt.

1. Dem Antrag auf Feststellung, der Kläger habe das Angebot der Beklagten vom 14.11.2002 nicht angenommen, fehlt das Rechtsschutzbedürfnis. Richtigerweise enthält der angegriffene Gerichtsbescheid vom 08.05.2003 keinerlei Ausführungen dazu, dass der Kläger das Angebot angenommen habe. Das SG hat vielmehr zutreffend eine dem Anerkenntnisurteil entsprechende Entscheidung erlassen, die gerade voraussetzt, dass ein unterbreitetes Anerkenntnis nicht angenommen worden ist (§Â§ 105, 125, 202 Sozialgerichtsgesetz â∏ SGG -, § 307 Zivilprozessordnung â∏ ZPO -; Meyer-Ladewig, SGG, 7. Auflage, § 125

Rdnr.3h. § 101 Rdnr.19).

2. Erstmals mit der Berufung macht der KlĤger geltend, der Verkehrsunfall vom 09.06.1981 sei als Arbeitsunfall zu entschĤdigen. Bevor über dieses Begehren gerichtlich entschieden werden kann, wĤre ein Verwaltungsverfahren durchzuführen (§ 78 SGG); das vor diesem Verwaltungsverfahren eingegleitete gerichtliche Verfahren ist unzulässig.

Im Ã\[]brigen w\(\tilde{A}\)\pire ein im vormaligen Jugoslawien bei einer dort m\(\tilde{A}\)\quad \[\tilde{A}\)\quad \[\tilde{A}\)\quad \[\tilde{A}\)\quad \[\tilde{A}\)\quad \[\tilde{A}\)\quad \[\tilde{A}\]\quad \[\til

3. Vor einer gerichtlichen ̸berprüfung der mit Bescheid vom 16.07.2003 festgestellten Verzinsung wäre ein Widerspruchsverfahren durchzuführen gewesen (§ 78 SGG). Das entsprechende Begehren des Klägers ist im Berufungsverfahren unzulässig. Eine Zulassung als sachdienliche Klageerweiterung ist nicht angebracht.

Im ̸brigen sind Fehler in der von der Beklagten ausgesprochenen Verzinsung weder erkennbar noch konkret vom Kläger gerù⁄₄gt.

- 4. In gleicher Weise unzulässig ist die Berufung, soweit der Kläger die Festsetzung von 750,00 EUR auÃ□ergerichtlicher Kosten begehrt. Insoweit wäre das Kostenfestsetzungsverfahren gemäÃ□ <u>§ 197 SGG</u> durchzufÃ⅓hren. Allerdings ist nicht erkennbar, dass dem anwaltlich nicht vertretenen Kläger auÃ□ergerichtliche Kosten in der genannten Höhe zu erstatten sein könnten.
- 5. Soweit der Kläger eine höhere als die von der Beklagten bescheidmäÃ∏ig gewährte Rente begehrt, insbesondere mit Schreiben vom 08.12.2003 unter Vorlage eines Schreibens der Deutschen Speisewagengesellschaft, ist die Berufung unbegrù⁄₄ndet. Die entsprechenden Zeiten sind bereits frù⁄₄herem Vorbringen und bereits frù⁄₄her vorgelegten Unterlagen folgend dem Grunde und der Höhe nach zutreffend bei der Berechnung der Rentenhöhe berù⁄₄cksichtigt worden (§Â§ 63, 64 ff. Sechstes Buch Sozialgesetzbuch â∏ SGB VI -).

Die Berufung bleibt damit in vollem Umfange ohne Erfolg.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.

 $Gr\tilde{A}^{1/4}$ nde zur Zulassung der Revision sind nicht ersichtlich ($\frac{\hat{A}\S 160 \text{ Abs.2 Nrn}}{160 \text{ Abs.2 Nrn}}$.2 und $\frac{3 \text{ SGG}}{160 \text{ Abs.2 Nrn}}$.2

Erstellt am: 13.04.2004

Zuletzt verändert am: 22.12.2024		